

DOI: 10.5771/1866-377X-2021-1-29

Deutsche Einheit auch unter den Frauen?

Eine Zeitzeugin berichtet über Frauenproteste und -streiks im Superwahljahr 1994

Christa Seeliger

damals Vorsitzende der djb Regionalgruppe Bonn und Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates (DF)*

„Die Nachwelt flicht den Erfolglosen keine Kränze“ – mit diesen ernüchternden Worten beginnt *Jutta Limbach* im Jahr 1990 ihre Betrachtungen zur „Verschütteten Geschichte der Deutschen Frauenbewegung“. ¹ Verschüttet sind inzwischen auch die kollektiven Erinnerungen an den Frauenprotest zum Internationalen Frauentag des Jahres 1994 – auch weil wir, die wir dabei waren, leider zu wenig dafür getan haben, die Ereignisse zu dokumentieren und lebendig zu halten. Die Gegenwart war damals derart turbulent und fordernd, dass keine Zeit blieb, sich um die Nachwelt zu kümmern. Hinzu kam, dass die Digitalfotografie noch nicht erfunden war. Auch wenn wir es damals mit unseren Protestaktionen in die Fernseh- und Nachrichtensendungen wie auch die großen Tageszeitungen geschafft haben – für Siegerkränze gibt es keine Veranlassung. Fast alle Probleme der damaligen Zeit sind auch heute noch ungelöst – und ein paar neue sind hinzugekommen.

Warum dieser Frauenprotest?

1994 war ein Superwahljahr mit fünf Landtagswahlen (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin), Kommunalwahlen in neun von sechzehn Bundesländern und der zweiten Bundestagswahl seit der Wende 1989. Unter dem Motto „Frauen bewegen das Land“ wollten wir den politischen Parteien deutlich machen, dass ohne die Stimmen der Frauen Wahlen nicht zu gewinnen sein werden. Ich war damals als Vertreterin des djb im Deutschen Frauenrat und dessen Stellvertretende Vorsitzende Mitorganisatorin dieser Großkundgebung – und wir planten tatsächlich groß. Es gelang uns, ein prominentes Rednerinnenpodium für die Mitwirkung zu gewinnen: die damalige Frauenministerin *Angela Merkel* (CDU), die damalige Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin *Hildegard Hamm-Brücher* (FDP – „Von wirklicher Gleichberechtigung sind wir noch Lichtjahre entfernt. Wir wollen nicht länger nur Erfüllungsgehilfinnen sein“) und *Rita Süßmuth* (CDU) als Präsidentin des Deutschen Bundestages („Außerdem bin ich es satt, die Männer dauernd um Macht zu bitten“) sprachen deutliche Worte. Hinzu kamen *Alice Schwarzer* („Auf Männergnade wird gepfiffen, auf Frauenpower wird gesetzt“), *Heidemarie Wieczorek-Zeul* (SPD-MdB) und die Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Ursula Engelen-Kefer* sowie eine Sprecherin der Migrantinnen (*Maryam Ghaffari* vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt/M.) und die Mainzer Behindertenbeauftragte *Marita Boos-Waidosch*.

Wir, die Organisatorinnen, waren am Tag des Geschehens, dem 5. März 1994, tatsächlich auch selbst überwältigt vom



▲ Frauenprotest am Frauentag 1994 in Bonn (Foto: Christel Riedel)

Erfolg unserer Aktion: Alles hat bestens geklappt, mindestens 15 000 streitbare, aber heiter gesonnene Frauen haben den Bonner Münsterplatz mit ihren Plakaten, Sprechchören und Trillerpfeifen geflutet. Mit dabei waren mindestens 700 Frauen, die im Rahmen des DF-Projektes „Verbindungsbüros“ mit 15 Bussen aus Stralsund, Schwerin, Dresden, Chemnitz, Halle/Saale, Magdeburg, Potsdam, Berlin und anderen Orten der damals noch sehr neuen Bundesländer gekommen waren. Aus heutiger Sicht grenzt es an ein Wunder, dass wir die gesamte Organisation ohne Handy, WhatsApp-Gruppen und andere Kommunikationshilfen geschafft haben. Für die Life-Musik sorgten *Petra Zieger* aus Ost-Berlin und unsere djb-Kollegin *Angelika (Geli) Schmitz-Berg* aus Düsseldorf – jeweils mit Band.

Wir, die Mitglieder der Regionalgruppe Bonn des djb, demonstrierten – unterstützt von anderen djb-Regionalgruppen – den juristischen Handlungsbedarf: auf zehn Plakaten ließen wir *Justitia* höchstselbst auf die vielen ungelösten Probleme des Rentenrechts, des Steuerrechts, des Unterhaltsrechts, Arbeitsrechts und des Strafrechts (zum Schwangerschaftskonflikt s.u.) hinweisen. Natürlich stellten wir auch unseren Vorschlag zur Verfassungsänderung plakativ dar.²

Vielfältige Alltagsrealitäten

Mit der Wende waren in bis dahin beispielloser Weise nicht nur zwei unterschiedliche Staatssysteme, sondern auch sehr verschiedene Frauenbilder und Alltagsrealitäten aufeinander geprallt:

* Unter Mitwirkung von Christel Riedel, die damals das DF-Projekt „Verbindungsbüros des Deutschen Frauenrates für die neuen Bundesländer und Ost-Berlin“ geleitet und jetzt, 30 Jahre später, noch Archivmaterial gefunden hat, mit dem wir unsere Erinnerungen aufgefrischt haben.

- 1 Jutta Limbach in „Frau und Familie, Die Frauenbewegung und das Bürgerliche Gesetzbuch“ in Battis/Schultz (Hrsg.), *Frauen im Recht*, C.F.Müller, 1990
- 2 Vgl. Beitrag S. 18-21.



▲ v.l.n.r.: djB-Mitglieder Dr. Hertha Engelbrecht (ehemalige Geschäftsführerin des djB; 1965 bis 1967 Vorsitzende des djB, danach Ehrenvorsitzende), Barbara Helfert und Regina Kalthegener (Foto: djB)

im Osten war die Gleichstellung von Frauen und Männern Staatsräson, d.h. ein staatliches Handlungsprinzip – im Westen ein Verfassungsgebot, welches von der „herrschenden Lehre“ der (überwiegend männlichen) Staatsrechtslehrer gern als „Zukunftsaufgabe“ interpretiert wurde. Erst mit der Verfassungsergänzung im November 1994³ kam der staatliche Förderauftrag hinzu. Aus diesen sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen folgte, dass die Frauen im Osten mit großer Selbstverständlichkeit erwerbstätig waren und dadurch wirtschaftliche Unabhängigkeit erwarben. Das wurde auch erwartet – denn der Staat brauchte die Arbeitskraft und sorgte für angemessene, also ganztägige Kinderbetreuung. Im Westen löste der Staat das Problem des Arbeitskräftemangels durch den Import von „Gastarbeitern und Gastarbeiterinnen“ und sorgte im Übrigen mit seiner Gesetzgebung (Ehegattensplitting, vom Ehemann abgeleitete Kranken- und Rentenversicherung, Hinzuverdienerinnen-Mini-Jobs) und einem knappen Kita-Angebot für die Stabilisierung des Modells der „Hausfrauenehe“.

„Kinder waren für uns in der DDR nie ein Problem“

Ich erinnere mich noch sehr genau an diese Aussage in einem der Ost-West-Seminare dieser Zeit. Zwar waren auch West-Kinder ihrer Eltern Freude – aber mit Blick auf eine existenzsichernde Erbstätigkeit ihrer Mütter stellten sie typischerweise ein nur schwer lösbares Problem dar. Im Westen wurde die erwerbstätige Mutter als „Rabenmutter“ schlecht geredet und

die bedarfsdeckende Kinderbetreuung des Ostens mit dem Schlagwort der „Sozialistischen Einheitserziehung“ diskriminiert. Letztlich wurde darüber vergessen, dass es die Kinder mit dieser Erziehung waren, die die „friedliche Revolution“ herbeigeführt haben.

Wechselseitiges Unverständnis

Es konnte nicht ausbleiben, dass diese sehr unterschiedlichen Frauenrealitäten wechselseitiges Unverständnis und Rechtfertigungsbedarfe für das jeweils gelebte andere Frauenleben auslösten. Ein gemeinsames solidarisches Handeln wurde dadurch erschwert. Hinzu kam, dass die alte Bundesrepublik im Einigungsvertrag in allen rechtlichen und wirtschaftlichen Belangen ihre eigenen Standards durchgesetzt hatte und eine offene Diskussion darüber, ob beispielsweise das DDR Familienrecht fortschrittlichere Regelungen vorhielt, deren Übernahme ins gemeinsame Bundesrecht als gleichstellungspolitischer Erfolg hätte gewertet werden können, nach meiner Erinnerung so gut wie nicht stattfand. Auch unsere frühen Hoffnungen, dass im Zuge einer Rechtsangleichung wenigstens das Ehegattensplitting abgeschafft werden würde, weil es für die Ost-typischen Beidverdiener-Ehen mit gleichen Einkommen (auch „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war Staatsräson) ohnehin keine Wirkung entfaltete – wurden mit dem Verfall des Arbeitsmarktes Ost, der die Frauen überproportional betraf, zunichte gemacht. Stattdessen kamen bundesweit die Kosten der Sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, „auf den Prüfstand“ der Politik. Wenig überraschend fielen diese Prüfungen häufig zu Lasten der Frauen aus, der „Reservearmee des Arbeitsmarktes“.

Hinzu kam die Debatte um den Schwangerschaftsabbruch: der Einigungsvertrag sah eine einheitliche Lösung vor. Die Ost-Frauen fürchteten eine Angleichung zu ihren Lasten – die West-Frauen waren gespalten. Während die Kirchen-Frauen und die traditionell nach dem Hausfrauen-Modell lebenden Frauen eher den Lebensschützern zuneigten, hatte der djB nach einer bereits 1990 unter den Mitgliedern durchgeführten Meinungsumfrage einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt.⁴ Es war damals nicht anders als heute: Die Vielfalt der weiblichen Lebensentwürfe und Prägungen stand einem entschlossenen gemeinsamen Handeln der Frauen entgegen.

FrauenStreikTag am 8.März 1994

Der Frauenstreiktag war von den *Autonomen Frauen* mit dem Streikkomitee Köln/Bonn und dem *Unabhängigen Frauenverband* (UFV) mit einem eigenen Streikkomitee in Ost-Berlin organisiert worden. Er mobilisierte nach Angaben der Organisatorinnen rund eine Millionen Frauen, die sich damit dem frauenpolitischen „Rollback“ in den ostdeutschen, zunehmend aber auch den alten Bundesländern entgegengestellt haben. Unter „FrauenStreikTag“ wollten die Organisatorinnen verstanden wissen, „dass Frauen da, wo sie sind, in den Zusammenhängen,

3 Ebd.

4 Vgl. Beitrag S. 9-12.



▲ Aufnahme von der Demo „Frauen bewegen das Land“
(Foto: Christel Becker-Rau)

in denen sie sich bewegen, ihre eigene Form der Verweigerung, des Protestes und des Einforderns von Rechten finden“⁵. Auch die Vorbereitung des bundesweiten Frauenstreiks nahm mehr als ein Jahr in Anspruch und führte zu einem bundesweiten Netzwerk von hunderten von Initiativgruppen, die die Jahre danach offenbar nicht überdauert haben.

Bleibt die große Frage zum Schluss: warum ist es uns bis heute nicht wirklich gelungen, das Gemeinsame in der Vielfalt unserer Lebensentwürfe zu erkennen und unsere Interessen in solidarischer Geschlossenheit mit Nachdruck zu vertreten? Am besten alljährlich zum Internationalen Frauentag.

5 Gisela Notz, Wir wollten Brot und Rosen <https://adamag.de/frauenstreik-1994-wir-wollten-brot-und-rosen> (aufgerufen am 10.1.2021)

Buchempfehlung: *Monika Herrmann*, DDR-Frauen nach der Wende, BoD, 7,99 €

Die Dokumentation vermittelt einen Einblick in die veränderte Lebensrealität ostdeutscher Frauen nach der politischen Wende in den 1990er Jahren. *Monika Herrmann* war damals im Rahmen ihrer Arbeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung zuständig für die Organisation von Veranstaltungen, die sich hauptsächlich an ostdeutsche Frauen richteten. Die Autorin lässt die Betroffenen an vielen Stellen selbst zu Wort kommen und zeigt auf, wie kämpferisch sich die Ostfrauen gegen den Abbau ihrer Rechte im Prozess der Wiedervereinigung zur Wehr setzten.

DOI: 10.5771/1866-377X-2021-1-31

Patriarchat abschaffen – in Ost und West

Interview mit Elisa Gutsche, Vorsitzende von Perspektive hoch drei (<https://perspektive-hoch-drei.de/>)

Die Fragen stellte **Ruth Luisa Meding**, Referentin in der Bundesgeschäftsstelle des djb.

Ausgerechnet an den feierlich begangenen Jahrestagen der deutschen Einheit wird die Distanz zwischen Ost- und Westdeutschland immer wieder deutlich. Wie nehmen Sie das wahr, Frau Gutsche?

Das nehme ich so ähnlich wahr. Ich habe das Gefühl, für viele Westdeutsche ist diese Distanz nicht so richtig begreiflich, weil es für sie nach dem 9. November 1989 einfach weiterging wie immer, während sich für fast alle Ostdeutschen das Leben auf den Kopf gestellt hat. Was das mit den Menschen gemacht hat – der Schmerz, der Schock, die Wut – ist total krass und hat Auswirkungen bis heute. Über diese Verletzungen wurde lange Zeit kaum gesprochen. Aber in den letzten drei bis vier Jahren wandelt sich die Erinnerungskultur nach und nach.

Zum Positiven?

Ja, 2019 wurden 30 Jahre friedliche Revolution gefeiert, 2020 30 Jahre deutsche Einheit. Bei beiden Jubiläen hatte ich den Eindruck, dass das Bild einer abgeschlossenen Erfolgsgeschichte, als die die Deutsche Einheit ja immer erzählt wird, nun mehr

Seit 2019	Referentin in einem Bundesministerium
2010 – 2019	Unterschiedliche Stationen, u.a. bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin, der SPD-Bundestagsfraktion, einer Gewerkschaft und einer politischen Strategieberatung.
2010 – 2014	Masterstudium der Gender- und Diversity-Kompetenz, Freie Universität Berlin
2005 – 2010	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg und der Universität zu Köln

und mehr Risse bekommt. Und das ist gut so. Bis dahin hörte die Geschichtsschreibung einfach 89/90 auf. Seit einigen Jahren setzt man sich viel kritischer damit auseinander, was eigentlich während der Transformation passiert ist. Um den Osten zu verstehen, muss man sich vor allem die 90er Jahre anschauen, zum Beispiel die Rolle der Treuhand. Als diese 1994 fertig war mit ihrer Turbo-Privatisierung, gab es von über 4 Millionen